



Verkehrsausschuss

22. Sitzung (öffentlich)

6. Februar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 2 „Masterplan für die Elektrifizierung von Bahnstrecken in NRW“ sowie den bisherigen Tagesordnungspunkt 5 „Die Landesregierung muss Ankündigungen auch Taten folgen lassen: Reaktivierung von Schienenstrecken im nördlichen Ruhrgebiet es dringend geboten“ auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

1 Verspätungen und Zugausfälle im SPNV

6

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1638 – Neudruck

– Gespräch mit Verkehrsträgern und Verkehrsunternehmen

2 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4304

Stellungnahme 17/1078
Stellungnahme 17/1038
Stellungnahme 17/1093
Stellungnahme 17/1094
Stellungnahme 17/1098

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Verpflichtender Einbau von Abbiegeassistenzsystemen in LKW und Bussen zur Reduzierung von Unfallrisiken durch „tote Winkel“ 40

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4805

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Den Arbeitern in der Automobilbranche in NRW den Rücken stärken: Förderung der E-Mobilität umgehend stoppen und Ausbeutung von Mensch und Natur unterbinden 42

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4804

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

5 Aufnahme der Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP) in den Bedarfsplan des Landes sowie Aufnahme von zwei Teilvorhaben zum BVWP in den ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan des Landes NRW (IFP) nach § 7 Abs. 2 ÖPNVG NRW **45**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1637

Der Ausschuss stellt einstimmig sein Einvernehmen zur Aufnahme der Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans 2030 fest.

Der Ausschuss stellt einstimmig sein Einvernehmen zur Aufnahme der beiden Teilvorhaben fest.

6 Verschiedenes **46**

a) Sitzungstermine

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den bisherigen Sitzungstermin am 11. September 2019 aufzuheben und stattdessen als neuen Termin den 4. September 2019 vorzusehen.

b) Reise zu den Häfen Antwerpen und Rotterdam

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Reise zu den Häfen Antwerpen und Rotterdam am 26. und 27. September 2019 durchzuführen.

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4304

Stellungnahme 17/1078
Stellungnahme 17/1038
Stellungnahme 17/1093
Stellungnahme 17/1094
Stellungnahme 17/1098

Klaus Vossemer (CDU) fasst zusammen, die vorliegenden Stellungnahmen begrüßten die Änderungen des Straßen- und Wegegesetzes fast einhellig bis auf die des NABU. Wenn man sich allerdings für den möglichst schnellen und effizienten Ausbau der Infrastruktur einsetze, müsse man auch über neue Wege nachdenken wie der Herausnahme von formalen und zeitintensiven Abstimmungsverfahren, den seine Fraktion für richtig halte.

Dies gelte darüber hinaus auch für Radwege, die im Gegensatz zu Landesstraßen keine entsprechenden Beeinträchtigungen auswiesen. Insofern müsse der Gesetzentwurf im maßgeblichen Interesse derjenigen liegen, die sich Umwelt- und Naturschutz auf die Fahne geschrieben hätten.

Susana dos Santos Herrmann (SPD) schließt sich Klaus Vossemer an.

Johannes Remmel (GRÜNE) führt aus, dem Bereich zum Carsharing stimme seine Fraktion selbstverständlich zu, sehe den Rest allerdings durchaus kritisch, sodass er um getrennte Abstimmung bittet.

Planverfahren könnten zügig durchgeführt werden, wenn es bereits im Vorfeld Abstimmungsprozesse gebe, Unterlagen vollständig vorlägen und nicht noch während des Verfahrens neue Unterlagen hinzukämen.

Sollte der Bau von Radwegen zukünftig gestückelt in einzelnen Bebauungsplanverfahren ohne vorheriges Linienbestimmungsverfahren geregelt werden, könnten sich die Zeiten sogar noch verlängern. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, dass individuelle Interessen Möglichkeiten und Wege fänden, sich an anderer Stelle ins Verfahren einzubringen, wenn man eigentlich Wege abkürzen wolle.

Vorsitzender Thomas Nückel fragt nach, über welche Punkte Johannes Remmel getrennt abstimmen lassen wolle, und schlägt vor, getrennte Abstimmung im Plenum zu beantragen.

Johannes Remmel (GRÜNE) erläutert, er wolle über die verschiedenen Paragraphen des Gesetzentwurfes getrennt abstimmen lassen, denn seine Fraktion wolle § 18a zustimmen, nicht aber den geplanten Änderungen in den §§ 37 und 38.

Bodo Middeldorf (FDP) hält die Ausführungen von Johannes Remmel in Bezug auf die geplante Beschleunigung für sehr bezeichnend. Er hebt hervor, es gehe nicht darum, die Rechte Einzelner, gegen solche Planungen vorzugehen, zu beeinträchtigen, sondern die Regelung über die Linienabstimmung und -bestimmung an diejenigen des Bundesfernstraßengesetzes anzupassen. Man führe also die in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen aufgebauten weitergehenden Regelungen, die unter anderem zu den langen Planungsräumen führten, auf den Regelungstand der Bundesebene zurück.

Wenn sich die Grünen gegen diese Regelungen stellten, führten sie ihre gesamten Ausführungen zum Infrastrukturausbau ad absurdum. Dabei könnte sich die FDP-Fraktion noch viel weitergehende Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung vorstellen.

Mit Blick auf den Antrag von Johannes Remmel weist er darauf hin, man könne nicht über einzelne Paragraphen eines Gesetzentwurfes abstimmen, sondern nur über den Gesetzentwurf insgesamt.

Vorsitzender Thomas Nückel weist auf die Geschäftsordnung hin, wonach auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Mitglieder in der zweiten Lesung eine Einzelabstimmung durchgeführt werden könne.

Mit dieser Erläuterung erklärt sich **Johannes Remmel (GRÜNE)** einverstanden.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.